

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Schaffung von Haltezonen vor Apotheken in Graz (GR Martin Brandstätter, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Gerade ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, akut oder chronisch Kranke, Familien mit kleinen (kranken) Kindern sind in weiten Teilen von Graz in ihrer Mobilität auf ein Auto angewiesen und brauchen es für ihre Erledigungen, Einkäufe, Arztbesuche und natürlich für den Einkauf in ihrer Apotheke.

Mehrfach wurde in den letzten Wochen der Wunsch an unsere Fraktion von verschiedenen Apothekerinnen und Apothekern herangetragen, Haltezonen für Kundinnen und Kunden vor den Apotheken zu schaffen. Durch den Wegfall der Parkplätze vor ihren Geschäften sind die Kundenfrequenz und damit die Umsätze um bis zu 20% gesunken.

Viele Apotheken im Grazer Stadtgebiet sind seit vielen Jahrzehnten in den inneren Bezirken in Altbauten angesiedelt. Durch die massive nicht nachvollziehbare Streichung von Parkplätzen, wie beispielsweise in der Annenstraße und der Heinrichstraße, sind diese Standorte aber in ihrer Existenz bedroht. Daher ist es absolut sinnvoll und für die Apotheken überlebenswichtig hier im öffentlichen Raum Haltemöglichkeiten zu schaffen. Ein Einkauf in der Apotheke dauert selten länger als 10 Minuten, weshalb eine Haltezone aus Sicht der Apotheken ausreichend wäre.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsreferentin Maga. Judith Schwentner möge in Ihrer Zuständigkeit das Straßenamt beauftragen, vor Apotheken, die keinen eigenen Parkplatz bei ihren Geschäftslokalen haben, je nach örtlicher Gegebenheit 2-3 Halteplätze für PKWs im öffentlichen Straßenraum zu schaff.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 Reparaturbonus nach Wiener Vorbild (CO GR Daniela GMEINBAUER, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

„Gegenstände, die Ihnen immer gute Dienste geleistet haben und Ihnen ans Herz gewachsen sind, müssen Sie nicht wegwerfen: Wir helfen Ihnen dabei, sie bei unseren Partnerbetrieben des Reparaturnetzwerkes Wien wieder instand zu setzen. Der Wiener Reparaturbon ist das Ergebnis unserer hohen Wertschätzung für die Wertschöpfung in unserer Stadt. Reparieren stärkt regionale Wirtschaftskreisläufe, unterstützt kleine und größere Betriebe, sichert Arbeitsplätze und fördert das Bewusstsein für einen ressourcenschonenden Lebensstil“, so der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig.

Dieser Aussage ist nichts mehr hinzuzufügen, außer dass so ein Reparaturbonus für die Unterstützung der Instandsetzung von Gegenständen, ausgenommen solche, die mit Strom betrieben werden, auch für Graz großen Sinn machen würde.

Jeder Reparaturbon in Wien fördert die Reparatur mit bis zu 50%, aber maximal mit € 100,00 der Bruttoreparaturkosten bzw. bis zu 100%, aber maximal € 55,00 brutto für die Erstellung eines Kostenvoranschlags, sofern die Reparatur unterbleibt.

Der Förderbetrag wird sofort von der Rechnung abgezogen. Es muss kein mühsamer Antrag zur Auszahlung gestellt werden.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen in Graz mögen die Einführung eines Reparaturbonus nach Wiener Vorbild prüfen und umsetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Geh- und Radweg Plabutscherstraße
(GR Markus HUBER, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die aktuelle Verkehrssituation im Bereich der Plabutscherstraße und der Göstinger Straße stellt eine permanente Gefahrensituation, vor allem für Kinder der GIP Kinderbetreuung in der Komzackgasse, dar. Es fehlt an sicheren Gehwegen in der Plabutscherstraße und in der Anton-Gerstl-Straße. Aufgrund der Möglichkeit, nun auch die Straßenbahn in der nahe gelegenen Smart City zu benützen, ergeben sich hier neue Bedürfnisse und Notwendigkeiten, vor allem für Fußgänger:innen und Radfahrenden eine sichere Situation im Straßenverkehr sicherzustellen.

Daher stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Maga. Judith Schwentner wird aufgefordert, die Errichtung eines Geh- und Radweges in der Plabutscherstraße bis zur Smart City bzw. zusätzlich die Möglichkeit eines Gehweges südseitig sowie teilweise auch nördlich in der Anton-Gerstl-Straße sowie die Errichtung eines Schutzweges auf Höhe Komzakgasse geprüft und umgesetzt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.4 Lückenschluss des Gehsteiges in der Riesstraße (GR Markus HUBER, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Bezirk Ries ist die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern ein zentrales Thema. Besonders die fehlenden Lückenschlüsse von Gehsteigen sorgen für eine gewisse Unsicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Besonders drastisch wirkt sich der fehlende Gehsteig in der Riesstraße aus, in der ca. 1,5 km an Gehsteigen erforderlich sind. Diese Situation ist besonders prekär, da hier viele Familien mit Kindern und ältere Menschen wohnen. Das hohe Verkehrsaufkommen macht es beinahe unmöglich, gefahrlos die Bushaltestellen Sternwirtweg oder Schweinbergstraße zu erreichen. Ein sicherer Gehweg würde nicht nur das vorhandene Unfallrisiko reduzieren, sondern auch die Lebensqualität der Bewohner:innen deutlich verbessern.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Vizebürgermeisterin Maga. Judith Schwentner wird aufgefordert, einen konkreten Zeitplan für den Lückenschluss des Gehsteiges in der Riesstraße zu erstellen und dem Bezirksrat bis Juli dieses Jahres darüber zu informieren, bis wann der Gehsteig errichtet werden wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.5 Küche Graz, Neuerrichtung am Standort Herrgottwiesgasse –
Mitarbeiter:innenparkplatz
(GR Dr. Peter PIFFL-PERCEVIC, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Küche Graz, vormals auch Zentralküche genannt, ist eine wichtige und nicht mehr wegzudenkende Stütze für die Stadt Graz vor allem im Bereich der sozialen Aufgabenerfüllung, die tagtäglich für gut 150 Einrichtungen über 8.000 gesunde und vielfältige Mahlzeiten zubereitet und liefert. Dazu zählen viele Grazer Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen oder Horte, sowie eben soziale Einrichtungen.

Die Neuerrichtung der Küche Graz am Standort Herrgottwiesgasse erfordert auch eine Neubeurteilung der Parkplatzsituation für die Mitarbeiter:innen an diesem neuen Standort. Der Dienst- bzw. Arbeitsbeginn für einen beachtlichen Teil der Mitarbeiter:innen, die teilweise aus dem Grazer Umland kommen, fällt nicht mit dem Betriebsbeginn der öffentlichen Verkehrsmittel zusammen, weshalb es unerlässlich ist, für ausreichende Parkmöglichkeiten für unsere städtischen Mitarbeiter:innen Sorge zu tragen.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr möge im Sinne der im Motivenbericht angeführten Argumente veranlassen, dass ein Parkkonzept gemeinsam mit den betroffenen Mitarbeiter:innen erarbeitet wird, und dem zuständigen Ausschuss darüber berichten

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Rückbau der baulichen Maßnahmen in der Körösisstraße / Fischergasse
(GR Sabine Pogner, ÖVP)**

Die Maßnahmen in der Körösisstraße und der angrenzenden Fischergasse, wo Parkplätze und Sperrflächen neu ausgerichtet wurden, kann zur Kostenfalle für den Autofahrer werden. Nicht nur, dass die Befahrung dieser Straße nur durch Schlangenlinien zu meistern ist, so sind dort auch straßenmittig Sperrflächen markiert. Nun ist ja nicht nur das Halten und Parken auf einer Sperrfläche gem. § 21/1m StVO verboten, sondern ja auch das Befahren einer Sperrfläche nach § 9/1 StVO. Bei der der Begegnung zweier Fahrzeuge in diesem Bereich kann es schon schwierig werden, diese nicht zu befahren.

Das bedeutet, dass diese Übertretungen natürlich mit einer Geldstrafe geahndet oder angezeigt werden können, was auch geschieht. Die größte Aufmerksamkeit und Konzentration gilt dort gezwungenermaßen der Straßenführung und nicht dem Straßenverkehr.

Das hat mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, die das Tempo reduzieren und die aktive Mobilität fördern sollen, nichts mehr zu tun. In diesem Bereich gilt ja sowieso

Tempo 30 km/h, was in anderen Straßenzügen genügend zur Verkehrsberuhigung beiträgt.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die für Verkehr zuständige Stadtsenatsreferentin Maga. Judith Schwentner möge sich für einen Rückbau dieser Maßnahmen in der Korösisstraße / Fischergasse einsetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Corona-Bonus - Gleichbehandlung der Bediensteten
(GR Elisabeth Potzinger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Gemeinderatssitzung am 16.11.2023 wurde vom Grazer Gemeinderat ein Corona- Bonus iHv. € 1.000,00 für die Mitarbeiterinnen im Kinderbildungs- und –betreuungsbereich beschlossen. Diese Anerkennung für die Leistungen war ein wichtiger Schritt seitens der Stadt Graz.

Schon im Vorfeld hat die ÖVP angemerkt, dass man eine gute Lösung für ALLE Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Tätigkeitsbereich finden muss.

Insbesondere ging es darum, niemanden zum Beispiel auf Grund einer Pensionierung, außen vor zu lassen.

Leider Gottes ist genau das eingetreten, was die ÖVP befürchtet hat. Inzwischen sind uns zahlreiche Personen bekannt, die auf Grund einer Pensionierung, Karenz oder Krankheit in dem Zeitraum keinen Corona-Bonus erhalten haben.

Es war und ist allerdings unverständlich, warum diese Bedienstetengruppe nicht einen zeitlich aliquotierten Betrag der Gesamtsumme bekommen konnte bzw. kann!

Mit dem vorliegenden Gemeinderatsstück, GZ: A1-008438/2024/0001, beweist die regierende Koalition, dass sie Schlechterstellungen von städtischen Bediensteten – sogar im Vergleich zu Bediensteten anderer Gebietskörperschaften – hintanhalten möchte bzw. ausgleicht.

stelle daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Der zuständige Personalstadtrat wird gebeten, zu prüfen, ob für jene Personen, die aufgrund des GR-Beschlusses vom 16.11.2023, GZ A 1 – 001635/2003/0086, keinen Corona-Bonus erhalten haben, im Sinne der Gleichbehandlung nachträglich ein zeitlich aliquoter Betrag vorgesehen werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Gestaltung dienstlicher Formulare
(GR Elisabeth Potzinger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 15.6.2018 festgestellt, dass die in Prüfung gezogene Bestimmung des § 2 Abs. 2 Z 3 PStG 2013 zwar den verfassungsgesetzlichen Vorgaben entspricht, aber im Sinne eines verfassungskonformen Vollzugs zu berücksichtigen ist, dass es Menschen gibt, die der herkömmlichen Zuordnung nach

dem Geschlecht zu Mann oder Frau nicht entsprechen und die dennoch ein Recht auf Berücksichtigung ihres Geschlechts haben.

Derzeit gibt es dahingehend im Magistrat Graz keine einheitliche Regelung von Formularen. Im Gegenteil, bei manchen werden ausschließlich die biologischen Geschlechter angegeben, bei anderen sind es bis zu sechs Geschlechter. Letzteres erzeugte bei vielen Menschen eine Unsicherheit und sorgte schlussendlich für Unverständnis, da kein einziges Mal ein anderes Geschlecht, als das biologische, angegeben wurde.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr möge im Rahmen Ihrer Zuständigkeit die magistratsweiten Formulare einheitlich regeln und als zusätzliche Wahlmöglichkeit neben den biologischen Geschlechtern die Möglichkeit des selbständigen Eintrags „Geschlecht: ...“, prüfen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.9 Spielplatz Eichenweg - Inklusionstrack
(GR Elisabeth Potzinger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Was das ist ein Inklusionstrack? Ein Rundkurs aus Wellen und Anliegekurven – der speziell für Rollstühle und Laufräder optimiert ist. Die Benutzer:innen können durch Gewichtsverlagerung mit ihren Geräten (Rollstuhl, Laufrad, Kinderfahrrad etc.) den

Rundkurs durchfahren. Hier kann man die Fahrsicherheit erlernen und erlebt so einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr.

Für Familien mit Kleinkindern ist das ein wichtiger Beitrag für den Start in den Umgang mit den Erfordernissen die Sicherheit auf der Straße spielerisch zu festigen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Zur Umsetzung und Durchführung des Inklusionstracks am Spielplatz Eichenweg ersuchen wir die zuständigen Magistratsabteilungen die erforderlichen Schritte vorzunehmen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Garten der Religionen
(GR DI Georg Topf, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der interreligiöse Arbeitskreis der kath. Stadtkirche Graz verfolgt seit etwa 5 Jahren gemeinsam mit 8 anderen Religionen/Konfessionen das Ziel, einen Garten der Religionen in Graz zu gestalten. Dieser Park wäre ein starkes Zeichen der Toleranz, des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit der dahinterstehenden Religionen / Konfessionen.

Dafür würde sich der Girardipark südöstlich des Opernrings sehr gut eignen und wurde dazu schon ein Gestaltungskonzept des angeführten Interessentenkreises ausgearbeitet, welches auch zur Verfügung gestellt werden kann.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht, die Einrichtung und Umsetzung eines Gartens der Religionen im Girardipark zu prüfen und mit den Vertretern dieser Idee in Kontakt zu treten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.11 Hammer-Purgstall-Gasse - Ausnahme vom Parkverbot
(GR DI Georg TOPF, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In Graz werden seit rund zwei Jahren seitens der Koalition in der Stadtregierung Parkplätze an vielen Stellen in der Stadt ersatzlos gestrichen. Maßnahmen, die Grünraum und Radwege in sinnvoller Weise beinhalten, stoßen durchaus auf Befürwortung.

Viele Maßnahmen, wie unnötige Ampelplatzierungen und veränderte Richtungspfeile, dienen jedoch nicht der konsensualen Weiterentwicklung eines zukunftstauglichen Verkehrskonzepts, sondern sollen den Individualverkehr grundsätzlich einschränken und befeuern so Konflikte und verhärtete Positionen. Die Erschwernis der Parkplatzsuche ist aktuell ein besonders dringendes Thema, da sie einerseits bei BürgerInnen für Probleme sorgt und andererseits anscheinend einige Menschen motiviert, sich als selbsternannte Kontrolloren zu betätigen und so AnrainerInnen in Bedrängnis zu bringen.

Besonders problematisch ist die Lage aktuell in der Hammer-Purgstall-Gasse in Gries, wo Anzeigen oder Hinweise bei der Polizei wegen Autos eintreffen, die durch das Parkverhalten ihrer Lenker:innen die notwendige Fahrbahnbreite für zwei PKW behindern (§ 120 StVO).

Die Rechtslage ist klar, ebenso dass die Polizei entsprechenden Anzeigen nachgehen muss. Die jahrzehntelang konfliktfrei gelebte Praxis allerdings ist eine andere!

AnrainerInnen und deren BesucherInnen sind auf Parkmöglichkeiten angewiesen.

In der Innenstadt gibt es ebenfalls zahlreiche Gassen, in denen die mangelnde Fahrbahnbreite gegeben ist, allerdings sind in diesen Parkstreifen (oftmals als Grüne od. Blaue Zone) ausgewiesen.

Angesichts dieser Faktenlage stelle ich namens des Grazer ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Verkehrsreferentin Maga. Judith Schwentner wird ersucht, im Sinne des Motivenberichts das Straßenamt zu beauftragen, mit der gewählten Bezirksvertretung Kontakt aufzunehmen und die Möglichkeiten zu prüfen, AnrainerInnenparken langfristig sicherzustellen.

Das entsprechende Modell soll dann im Bedarfsfall auch auf andere Stadtgebiete anwendbar sein.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Grevenberggasse u.a. - Ausnahme vom Parkverbot
(GR Dr. Claudia UNGER, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In Graz werden seit rund zwei Jahren seitens der Koalition in der Stadtregierung Parkplätze an vielen Stellen in der Stadt ersatzlos gestrichen. Maßnahmen, die Grünraum und Radwege in sinnvoller Weise beinhalten, stoßen durchaus auf Befürwortung. Viele Maßnahmen, wie unnötige Ampelplatzierungen und veränderte Richtungspfeile, dienen jedoch nicht der konsensualen Weiterentwicklung eines zukunftstauglichen Verkehrskonzepts, sondern sollen den Individualverkehr grundsätzlich einschränken und befeuern so Konflikte und verhärtete Positionen. Die Erschwernis der Parkplatzsuche ist aktuell ein besonders dringendes Thema, da sie einerseits bei BürgerInnen für Probleme sorgt und andererseits anscheinend einige Menschen motiviert, sich als selbsternannte Kontrolloren zu betätigen und so AnrainerInnen in Bedrängnis zu bringen. Besonders problematisch ist die Lage aktuell in Straßgang und Wetzelsdorf, wo in zahlreichen Straßenzügen (exemplarisch seien hier das gesamte Siedlungsgebiet Grottenhof, Grevenberggasse, Portugallweg, Westbahngasse, Süd-Ost-Siedler-Straße, Zerlacherweg, Puschweg, Wittulaweg, Pittoniweg etc. genannt) Anzeigen oder Hinweise bei der Polizei wegen Autos eintreffen, die durch das Parkverhalten der Lenker:innen die notwendige Fahrbahnbreite für zwei PKW behindern (§ 120 StVO).

Die Rechtslage ist klar, ebenso dass die Polizei entsprechenden Anzeigen nachgehen muss. Die jahrzehntelang konfliktfrei gelebte Praxis allerdings ist eine andere! AnrainerInnen und deren BesucherInnen sind auf Parkmöglichkeiten angewiesen. Die Struktur des Siedlungsgebietes lässt häufig keine Carports ohne Beschädigung der schützenswerten Vorgärten zu. Für einen dort befindlichen Kindergarten stellt sich die Frage, wie künftig die Situation bei Festen, zu welchen viele Eltern kommen, zu regeln ist - siehe Bebauungsstudie und Empfehlungen der Stadtplanung.

In der Innenstadt gibt es ebenfalls zahlreiche Gassen, in welchen die mangelnde Fahrbahnbreite gegeben ist, allerdings sind in diesen Parkstreifen (oftmals als Grüne od. Blaue Zone) ausgewiesen.

Angesichts dieser Faktenlage stelle ich namens des Grazer ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Verkehrsreferentin Maga. Judith Schwentner wird ersucht, im Sinne des Motivenberichts das Straßenamt zu beauftragen, mit den gewählten Bezirksvertretungen der genannten Bezirke Kontakt aufzunehmen und die Möglichkeiten zu prüfen, Anrainer- Innenparken langfristig sicherzustellen. Das entsprechende Modell soll dann im Bedarfsfall auch auf andere Stadtgebiete anwendbar sein.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Maßnahmen gegen Übergewicht von Kindern und Jugendlichen
(GR Mag. Dr. Christian Kozina-Voit, Grüne)**

Die Zahlen sind erschreckend: Jedes dritte Grazer Kind ist übergewichtig, jedes siebte sogar stark. Es ist daher zu begrüßen, dass Kurt Hohensinner als Stadtrat für Jugend, Bildung, Sport und Bauernmärkte dieses Thema aufgreift und vom Gesundheitsminister höhere Steuern auf zuckerhaltige Getränke fordert.

Dennoch stellt sich die Frage, wie die Stadt hier selbst noch besser gegensteuern könnte. Da Bewusstsein bei der Ernährung eine wichtige Rolle spielt, könnte die „große Aufklärungskampagne“, die noch vor dem Sommer gestartet werden soll, einen Beitrag leisten. Im Rahmen dieser Kampagne wären neben Kindern und Jugendlichen vor allem Eltern zu adressieren, da die Geschmacksnerven schon früh geprägt und Kinder häufig schon in den ersten Lebensjahren an viel Zucker gewöhnt werden.

Ein niederschwelliges Angebot könnte z.B. eine Ernährungsberatung im Rahmen der Elterncafés sein: Dort könnten sich junge Eltern einfach und unbürokratisch informieren, welche Lebensmittel sie ihren Kindern in den ersten Jahren geben sollten, um das Risiko von Übergewicht von vorneherein gering zu halten. Aber nicht nur das Amt für Jugend und Familie, sondern auch die Abteilung für Bildung und Integration, das Sportamt, das Gesundheitsamt oder das Kindermuseum Frida&Fred könnten dazu beitragen, dass sich Kinder und Jugendliche gesünder ernähren und mehr bewegen. Namens des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag:

Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, gemeinsam mit den ihm zugeteilten Abteilungen Maßnahmen zu entwickeln, um den Anteil der übergewichtigen bzw. stark übergewichtigen Kinder und Jugendlichen in Graz zu reduzieren.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Informationen zur Wahl zum europäischen Parlament für EU-Bürger*innen
(GR Hannah Vogel, MA, Grüne)**

Die bevorstehende Europawahl am 9. Juni 2024 bietet allen EU-Bürger*innen, die in Österreich leben, die Möglichkeit, über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments mitzubestimmen. Laut Statistik Austria¹ lebten im Jahr 2022 rund 910.000 Personen in Österreich, die aus anderen EU- oder EFTA-Staaten stammen. In Graz leben 42.017 EU-Bürger*innen per Stichtag 1.1.2024, das sind rund 14 % der Wohnbevölkerung.²

Viele dieser Menschen sind möglicherweise nicht ausreichend über ihr Wahlrecht informiert. Um an der EU-Wahl teilnehmen zu können, müssen sich EU-Bürger*innen in die Europa-Wähler*innenevidenz eintragen lassen, was mit bürokratischen und sprachlichen Hürden verbunden sein kann. Bei der letzten EU-Wahl 2019 betrug die Wahlbeteiligung in Österreich etwa 59,8%³, rund 39.000 EU-Bürger*innen hatten sich in die Wähler*innenevidenz eintragen lassen. Insgesamt wäre eine höhere Wahlbeteiligung erstrebenswert, auch jene der EU-Bürger*innen, die in unserer Stadt leben. Durch eine gezielte Informationskampagne und eine Anleitung in einfacher Sprache zur Registrierungsprozedur könnte dies erreicht werden. Daher stelle ich folgenden

Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, aktive Maßnahmen zur Information von EU-Bürger*innen für die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 zu ergreifen. Ziel ist es sicherzustellen, dass alle ihre demokratischen Rechte wahrnehmen können, indem gut aufbereitete Informationen über die stadteigenen Medien (Website, Social Media) bereitgestellt werden.

1 https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/MIG2023.pdf

2

https://www.graz.at/cms/beitrag/10022937/7771507/Statistik_auslaendische_EinwohnerInnen.html

3 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/729386/umfrage/wahlbeteiligung-an-der-europawahl-in-oesterreich-nach-bundeslaendern/>

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.15 Zusätzliche Kinderbetreuungsangebote für arbeitende Eltern an
Wochenenden und Feiertagen
(GR Arsim Gjergji, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Als Elternteil von drei Kindern, Gastronom und Ehemann einer Frau, die jahrelang in der Pflege gearbeitet hat, weiß ich, dass es für viele Familien oft eine Herausforderung ist, eine angemessene Betreuung für die Kinder an Samstagen und Sonntagen zu finden. Sehr viele Eltern in unserer Stadt müssen in wichtigen Bereichen wie Pflege, Handel und Dienstleistungen arbeiten. Vor bisweilen fast unlösbaren Herausforderungen stehen diese Eltern, wenn es um die Organisation der Kinderbetreuung am Wochenende geht.

Viele Eltern haben nur begrenzte Optionen, wenn es darum geht, Betreuung für ihre Kinder zu finden, insbesondere an Wochenenden oder zu ungewöhnlichen Arbeitszeiten. Oft bleibt ihnen nur die Möglichkeit, auf die Unterstützung von Verwandten oder Freunden zu hoffen. Allerdings haben nicht alle Eltern das Glück, auf ein solch soziales Netzwerk zurückgreifen zu können.

In Fällen, in denen keine Verwandten oder Freunde zur Verfügung stehen, müssen Eltern alternative Lösungen finden, um die Kinderbetreuung privat zu organisieren. Dies kann mit erheblichen Kosten verbunden sein, sei es durch die Beauftragung von Babysittern, Tagesmüttern oder anderen Betreuungseinrichtungen. Es zeigt die Notwendigkeit von Unterstützungssystemen und flexibleren Arbeitsregelungen, um Eltern in solchen Situationen zu helfen, ihre Verantwortungen sowohl im Beruf als auch in der Familie zu erfüllen.

- Es ist wichtig, dass insbesondere auch die Dienstgeber:innenseite erkennt, wie dringend Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten an Wochenenden besteht und Maßnahmen ergreift, um diesen Bedarf zu decken.
- Es ist wichtig, das Bewusstsein für die Bedürfnisse von Eltern, die an Wochenenden arbeiten, zu schärfen.

Jedenfalls ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sicherzustellen, dass Eltern, die an Wochenenden arbeiten, angemessene Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder haben, damit sie nicht von familiären Ressourcen abhängig sind bzw. auf teilweise äußerst kostenintensive Angebote zurückgreifen müssen. Die Erweiterung von Betreuungsangeboten auf Wochenenden wäre so gesehen eine für viele wünschenswerte Möglichkeit, könnte für viele Eltern eine wertvolle Hilfe darstellen. Durch die Schaffung von Spielgruppen, Aktivitäten oder anderen Betreuungsmöglichkeiten können Eltern ihre Kinder in einem sicheren und förderlichen Umfeld betreut wissen und dies hätte eine ganze Reihe von Vorteilen:

- Unterstützung von Eltern, die an Wochenenden arbeiten müssen oder berufliche Verpflichtungen haben.
- Erleichterungen für Eltern, die am Wochenende Weiterbildungen oder Kurse besuchen möchten.

Nicht zuletzt wäre ein solch zusätzliches verlässliches Betreuungsangebot außerhalb der Regeleinrichtungen der Kinderbildung und Betreuung an Wochenenden und Feiertagen auch eine wichtige Unterstützung für Unternehmen, wenn die von ihnen dringend benötigten Fachkräfte auch für diese Tage ihre Kinder in guter Betreuung wissen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz mögen gemeinsam mit Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung und unter Einbeziehung der Gewerkschaften grundsätzlich die Möglichkeiten einer zusätzlichen Kinderbetreuung außerhalb der Regeleinrichtungen der Kinderbildung und Betreuung an Wochenenden und Feiertagen gemäß Motivenbericht prüfen und dem Gemeinderat bis Juli dieses Jahres einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Ampelschaltung Puchstraße/Sturzgasse
(GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Dass die Kreuzung Puchstraße/Sturzgasse endlich ampelgeregelt ist, das ist eine wesentliche Hebung der Verkehrssicherheit: Ist die Sturzgasse doch vielbefahrenere Zufahrt zum Recyclingcenter, das an Werktagen und Samstagen stark frequentiert ist. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass diese Ampel auch außerhalb der Öffnungszeiten des Recyclingcenters, also auch an Sonn- und Feiertagen in Betrieb ist. Das sind Zeiten, in denen nur äußerst wenige Verkehrsteilnehmer:innen die Sturzgasse nutzen; weswegen die Rotphasen für die Puchstraße – meist ohne Querverkehr aus der Sturzgasse – regelmäßig für Unmut sorgen, zumal es sicher ohne viel Aufwand machbar wäre, diese Ampel zu diesen Zeiten zu deaktivieren bzw. nur als Gelbphase aktiviert zu lassen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht die Ampelschaltung an der Kreuzung Puchstraße/Sturzgasse den Betriebszeiten des Recyclingcenters in der Sturzgasse anzupassen und sie zumindest an Sonn- und Feiertagen zu deaktivieren bzw. ausschließlich die Gelbphase aktiv zu belassen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Stadt Graz als "We-Care-Stadt"
(GR Anna Robosch, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wir befinden uns nach wie vor im Frauenmonat März und die heurige Frauentagsdemostand unter dem Motto „We care“. Dahinter steht die Aussage, dass Frauen laut der neuesten Zeitverwendungsstudie in Österreich täglich immer noch rund 90 Minuten mehr für sogenannte Sorgearbeit aufwenden als Männer. Die Verteilung der unbezahlten Arbeit hat sich seit der legendären Kampagne „Ganze Männer machen Halbe-Halbe“ der damaligen Frauenministerin Helga Konrad nicht wesentlich verändert. Und neueste Studien zeigen ein eklatantes Auseinanderdriften in den politischen Überzeugungen von Frauen und Männern. Weltweit lässt sich beobachten, dass junge Frauen so progressiv eingestellt sind, wie nie zuvor in der Geschichte. Wogegen sich bei Männern konservative Rollenbilder verstärken. Vor allem bei jungen Männern ist diese Entwicklung besonders drastisch, was dazu führt, dass junge Männer den Feminismus sogar eher als „schädlich“ ansehen, als ältere Generationen. Angesichts dessen ist es umso mehr Aufgabe der Politik zu zeigen, dass

die Gleichstellung aller Geschlechter ein gesellschaftliches, öffentliches Interesse ist. Dafür reicht es aber bei Weitem nicht, nur am 8. März an Gleichstellung zu denken, sondern es braucht strukturelle Veränderungen und Vorbilder, um dem Ziel einer menschlichen Zukunft für alle Geschlechter näherzukommen. Auch wenn diese Forderung schon vor 1994 aufgestellt wurde, braucht es heute insbesondere männliche Vorbilder, die tradierte Rollenbilder aufbrechen und in der Öffentlichkeit sichtbar machen, dass es auch andere Männlichkeitsbilder gibt.

Nach dem Motto "wir können uns nur vorstellen, das zu sein, was wir auch sehen" sollen vor allem junge Männer so ein Männlichkeitsbild vorgelebt bekommen, in dem die gerechte Aufteilung der Sorgearbeit zwischen den Partner:innen selbstverständlich ist. Die gesellschaftlichen Vorteile dieser gerechten Aufteilung sind enorm und reichen sogar bis zum Gewaltschutz, denn Studien belegen, dass in Partner:innenschaften, wo das Prinzip "Halbe-Halbe" gelebt wird, ist das Gewaltrisiko deutlich reduziert. Als Arbeitgeber sollten wir dieses Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit auch entsprechend unter den Mitarbeiter:innen bewerben.

Der Ruf nach "Gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit" begleitet den Kampf um Gleichstellung auch schon seit langem und darin steckt auch die Aufgabe einer gründlichen Neubewertung von gesellschaftlich enorm wertvoller Arbeit. Dienste wie in der Reinigung, Kinderbetreuung und Pflege sind weit verbreitete und breit diskutierte Beispiele dieser wichtigen Arbeit, die aber sehr oft stark unterbezahlt oder mit atypischen Beschäftigungsverhältnissen versehen ist. Beim Beispiel Reinigung macht dies auch nicht vor der öffentlicher Hand Halt und so ist es unsere Aufgabe eine gründliche und wissenschaftlich begleitete Studie über das gesamte Haus Graz durchzuführen, wo es auch hier atypische Beschäftigungsformen - Stichwort Teilzeitfalle - zu beseitigen gilt und wo es gleichwertige Dienste mit stark unterschiedlicher Entlohnung neu zu bewerten gilt.

Ich stelle daher im Namen der sozialdemokratischen Fraktion den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen:

1. Eine Studie in Begleitung mit Expert:innen (Arbeiterkammer, Ökonom:innen etc.) in Auftrag geben um zu prüfen, wo im stadt eigenen Bereich Teilzeitstellen aufgestockt werden können, um Teilzeitfallen für Frauen zu vermeiden und zeitgleich eine Neubewertung der Tätigkeiten in der Stadt Graz vornehmen.
2. Eine städtische Role Model Kampagne starten mit Männern, die länger als 6 Monate in Karenz gehen. Denn Studien zeigen, dass diese Männer dann auch mehr unbezahlte Arbeit im Haushalt leisten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.18 Ausbau der Information für Schulen über Hilfestellungen gegen Antisemitismus, Radikalisierung und Gewalt an Schulen (KO GR Dipl.Wirtschaftsing. (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Immer wieder wird in den Medien über besorgniserregende Klagen seitens der Bildungsdirektion, von Schuldirektor:innen, Lehrer:innen aber auch Elternvertreter:innen berichtet, wonach an unseren Schulen Antisemitismus, Radikalisierungstendenzen, Gewaltverherrlichung zunehmend zum Problem werden und sich Pädagog:innen in diesem schwierigen Aufgabenfeld alleingelassen fühlen. Erst vor wenigen Tagen wieder wurde von einem Vertreter der Bildungsdirektion betont, dass diese Problematik massiv zunehme, mittlerweile sogar schon „die Gewalt auch in den Volksschulen einzieht“. Wobei die Mittelschulen nach wie vor besonders

betroffen seien, und da ganz besonders Schulen im Zentralraum Graz. Ich hatte erst vor wenigen Wochen angeregt, in dieser Causa – speziell aufgrund wachsender Spannungen im Zuge des Nahostkonflikts - unter anderem mit der Arge gegen Gewalt und Rechtsextremismus ein Unterstützungsprojekt für unsere städtischen Pflichtschulen zu schnüren, wurde aber darauf hingewiesen, dass es seitens der Stadt bereits eine Fülle an Initiativen, Schwerpunkten und Projekten unter anderem auch in Zusammenarbeit mit diversen NGO's gibt. Die mir übermittelte Auflistung zeigt auch tatsächlich eine erfreuliche Breite an Möglichkeiten.

Allerdings lassen die regelmäßigen Rufe aus den Schulen, der Bildungsdirektion bis hin zur Landespolitik nach professioneller Unterstützung für die Pädagog:innen den Schluss zu, dass die entsprechenden Informationen bislang nicht in erforderlichem Ausmaß die Schulen erreichen. Eine konsequente, regelmäßige und am besten halbjährliche Information an Direktor:innen und Lehrer:innen über die Vielzahl an Unterstützungsmöglichkeiten, die von der Stadt in diesem Bereich selbst geleistet bzw. gefördert werden und die von den Schulen abgerufen bzw. angefordert werden könnten, wäre sicher sehr hilfreich – frei nach dem Motto: Tu Gutes, und rede auch darüber.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen/Abteilungen der Stadt mögen raschest beauftragt werden, gemäß Motivenbericht eine umfassende Auflistung zusammenzustellen, welche Unterstützungen, Hilfestellungen und Projekte gegen Antisemitismus, Radikalisierung, Gewalt an Schulen von der Stadt selbst betrieben bzw. von der Stadt gefördert und seitens der Schulen in Anspruch genommen werden können. Diese Auflistung sollte regelmäßig evaluiert und den Grazer Pflichtschulen halbjährlich übermittelt werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Konsumfreie Räume
(KO GR Dipl.Wirtschaftsing. (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Konsumfreie Räume gewinnen im städtischen Bereich zunehmend an Bedeutung.

Wobei üblicherweise diese

„Freiräume“ mehrheitlich tatsächlich im Freien angesiedelt sind, ihnen unter anderem zudem in Hinblick auf das Stadtmarketing größte Bedeutung zugemessen wird, sie auch in Metropolen wie Paris, London, Barcelona oder Rotterdam ganz gezielt forciert werden.

Der Idee, die dahintersteckt, gab 1989 der amerikanische Soziologe Ray Oldenburg in Zusammenhang mit seiner Forschung über Lebensräume einen Namen: den „Dritten Ort“. Für Oldenburg ist demnach „Erster Ort“ das eigene Zuhause, „Zweiter Ort“ der Arbeitsplatz – bleiben als „Dritte“ Orte Areale für Begegnung und Erlebnis.

Konsumfreie Räume können und sollen aber durchaus einen Schritt weitergedacht werden – als Räume im wahrsten Sinne des Wortes. Das müssen nämlich nicht nur Parks, Uferpromenaden oder Teile von Plätzen sein – dafür eignen sich genauso gut Museen, Galerien, Verwaltungsgebäude, (natürlich außerhalb von unterrichtsfreien Zeiten) Schulen und viele andere Arten öffentlicher bzw. halböffentlicher Gebäude. Als ein sehr gutes Beispiel gilt etwa das Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg, das auch – natürlich mit Regeln verknüpft – einen Raum des Dialogs und der Kommunikation der Stadtgesellschaft anbietet, der spontan genutzt, aber ebenso für solche Zwecke gebucht werden kann.

Im Kleinen gibt es auch in Graz durchaus einige solcher konsumfreier Räume – beispielsweise Jugendzentren oder auch Stadtteiltreffs und Nachbarschaftszentren. Das allerdings bei weitem nicht flächendeckend, manchmal direkt oder indirekt mit Mitgliedschaften verknüpft, bzw. teilweise wenig bis gar nicht bekannt.

Dabei gäbe es in Graz weit mehr Möglichkeiten dafür – beispielsweise könnte der Bedarf über Servicecenter, Bibliotheken, städtische Gebäuden und Einrichtungen wahrscheinlich quer über ganz Graz und ohne besonderen Aufwand gedeckt werden. Und der Bedarf wäre sicher da, wenn man Rückmeldungen speziell von Jugendlichen, aber auch Elternrunden, Wohnungsgemeinschaften, Senior:innengruppen hört, die sich einfach nur zu einem Gedankenaustausch treffen wollen, einen Spieleabend veranstalten möchten, eine Bastelrunde haben. Die aber allesamt nicht wissen, wo sie einen Platz dafür finden, da es zu wenige konsumfreie Räume gibt.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht zu prüfen, ob und wie für jeden Grazer Stadtbezirk zumindest ein solcher konsumfreier Raum realisiert werden könnte.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 30er-Zone und Tempomessgerät in der Anton-Gerstl-Straße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Seit der Baustelle „Unterführung Peter-Tunner-Gasse“ hat sich der Verkehr stark nach Gösting verlagert. Die Anton-Gerstl-Straße wird jetzt gerne als Ausweichroute genutzt. Durch die Zunahme des Verkehrs, erscheint die erlaubte Geschwindigkeit von 50 Km/h, auch aufgrund der allgemeinen Situation zu hoch.

Da sich der benachbarte Kindergarten „GiP Kinderbildung Komzakgasse“ in direkter Nähe zur Anton- Gerstl-Straße befindet, sind einige Familien mit Ihren Kindern, die im Nord-Osten bzw. Nord-Westen wohnen, entlang dieser stark befahrenen Straße zu Fuß unterwegs.

Durch den fehlenden Gehsteig und Zebrastreifen (bereits beantragt) ist die Gefahr eines Verkehrsunfalls ohnehin schon erhöht.

Eine temporäre 30er Zone auf Grund der Kinderbetreuungseinrichtung und ein Tempomessgerät würden die möglichen Gefahren zumindest reduzieren.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Errichtung einer temporären 30er Zone sowie die Aufstellung eines Tempomessgeräts möglich sind.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.21 Ampelschaltung Kreuzung Waagner-Biro-Str./Peter-Tunner-Gasse
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Nachdem die Sperre der Unterführung Peter-Tunner-Gasse noch bis ca. Mitte 2026 andauern wird, ist es durch den geänderten Verlauf des Hauptverkehrs notwendig, die Ampelschaltung an der Kreuzung Peter-Tunner-Gasse/Waagner-Biro-Straße anzupassen. An dieser Stelle kommt es Richtung Norden zu teils massiven Stauungen, da Grünphasen zu kurz sind.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die betreffende Ampelschaltung den neuen Gegebenheiten angepasst werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.22 Geschwindigkeitsreduzierung in der Rebengasse
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Seit dem Linksabbiegeverbot vom Bahnhofgürtel in die Annenstraße, nutzen viele Verkehrsteilnehmer die Keplerstraße und die Rebengasse, um in die Idlhofgasse zu gelangen.

Die Rebengasse ist eine Einbahnstraße und verleitet vor allem durch die lange Gerade zum Schnellfahren. Obwohl am Beginn eine deutliche 30 Km/h Straßenmarkierung am Boden ersichtlich ist, wird die Geschwindigkeitsbegrenzung von vielen Fahrern missachtet.

Da Radfahrer, auch gegen die Einbahn unterwegs sind, bietet die Gasse ausreichend Gefahrenpotenzial. Der angrenzende Metahofpark der auch von vielen Kindern aufgesucht wird, verschärft die Situation zusätzlich.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen in der Rebengasse möglich sind.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.23 Hangwasser Raach 2024
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bereits im April 2022 beantragten wir die Prüfung möglicher Maßnahmen betreffend der Kanal- und Abwasserinfrastruktur in der Raach. Auf Grund der Hanglage und des in der Karte ersichtlichen Gefahrenbereichs, gibt es keine andere Lösung, als die Hangwässer großvolumig in Form eines (möglicherweise weiteren) Kanals abzuleiten. Die Karte macht das Ausmaß möglicher Schäden für die Bewohner markant sichtbar.

Hier kommt es teils zu enormen Überschwemmungen, da das Kanalsystem das Oberflächenwasser hangseitig nicht aufnehmen kann. Hier sind zwingend Prüfungen und Maßnahmen vorzuziehen, da auch bereits Muren Abgänge im Bereich des Schlösselwegs (außerhalb des ersichtlichen Gefahrenbereiches) zu verzeichnen waren.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Maßnahmen wie beschrieben evaluiert und umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.24 Mountainbiker am Ruinenweg
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In Bürgergesprächen wurde uns vermehrt mitgeteilt, dass Mountainbiker auf nicht dafür vorgesehenen Wegen die Ruine Gösting und den Plabutsch als ihre „Spielwiese“ ansehen – ungeachtet der Konsequenzen, die dieses rücksichtslose Verhalten auf Natur und Tiere hat.

Da immer mehr Anrainer von Gefahrensituationen mit Mountainbikern berichten, braucht es hier dringend eine Verbesserung. Eine Initiative für den Fürstenstandweg wurde bereits gestellt und „negativ“ beantwortet, jedoch aufgrund der Meldung erneuert. Wenn möglich braucht es mehr Kontrollen und andererseits eine bessere Beschilderung, damit das Gefahrenpotenzial hier verringert werden kann und auf erlaubtes bzw. verbotenes Verhalten hingewiesen werden kann. Aufklärung, an dafür geeigneten Stellen, könnte bei vielen Sportlern zu mehr Rücksicht führen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine ausreichende Beschilderung sowie zusätzliche Kontrollen am Ruinenweg und weiteren Straßen wie den Fürstenstandweg umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.25 Skater am Lendplatz, Kaiser-Josef-Platz
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Nachdem geplant ist, die Begegnungszone am Lendplatz zu erweitern, besteht die berechtigte Befürchtung der Anrainer, dass der Lärmpegel im südlichen Bereich des Lendplatzes zunehmen wird.

Nicht nur die Gastronomie verursacht einen gewissen Lärmpegel, sondern vor allem die unregelmäßigen, sehr lauten Geräusche bei Skate Board und (Stunt)-Roller Fahrern, die ihre Tricks auf öffentlichen Plätzen vorführen. Zum Leidwesen der Bewohner, dringen die schlagenden Geräusche selbst durch geschlossene Fenster und verursachen eine Minderung der Lebensqualität, zumal man im Sommer doch gerne lüftet oder die Zeit am Balkon genießt.

Mit Ende des allgemeinen Verbots, einigte man sich auf eine zeitliche Einschränkung für das Skaten am Kaiser-Josef-Platz beschlossen. Trotz einer Kampagne im Sommer 2023 ist die Beschilderung am Kaiser- Josef-Platz unzureichend und soll daher im ersten Schritt nachgebessert werden. Im Zuge dessen, sollten die Kontrollen verschärft werden und die zeitliche Einschränkung auch auf den Lendplatz ausgeweitet werden. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann weitere Maßnahmen getroffen werden können, um die Belastungen für Bewohner zu

reduzieren und eindeutig zu prüfen und öffentlich zu kommunizieren ob rein das Überwinden von Strecken oder auch das Ausführen der „Tricks“ erlaubt ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.26 Spielgeräte für Kleinkinder am Spielplatz Ziegelstraße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In Bürgergesprächen wurde uns mitgeteilt, dass der Wunsch nach einer Aufwertung des Spielplatzes besteht.

Nach einer Begehung konnten wir feststellen, dass der Spielplatz zwar ausreichend groß und mit verschiedenen Spielgeräten ausgestattet ist, jedoch für Kleinkinder kaum etwas dabei ist.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann zusätzliche Spielgeräte für Kleinkinder (eine Babyschaukel, Wippe, etc.) am Spielplatz aufgebaut werden können

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.27 Spielplatz Marienwiese
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Spielplatz Marienwiese in der Darmstadtgasse ist seit langem Anziehungspunkt vieler Kinder und Jugendliche aus der Umgebung, aber auch der nahegelegenen Schule. Erfreulicherweise wurden in der jüngsten Vergangenheit und auch aktuell Verbesserungen umgesetzt.

Nach einem Termin vor Ort mit Bewohnern, die den Park regelmäßig besuchen und auch betreuen, machen wir hiermit auf weitere notwendige Maßnahmen aufmerksam:

- Das „Gebüsch Labyrinth“ (am Bild rot eingezeichnet) wird nicht mehr dem Zweck entsprechend genutzt, sondern dient nur mehr als WC und Müllplatz (Fotos können übermittelt werden).
- Zudem ist die Beschilderung unzureichend, da wichtige Verbote, wie zum Beispiel das Verbot der Hunde, kaum ersichtlich ist. Auch fehlen die Zeiten, wann der Spielplatz genutzt werden kann.
- Die aufgestellten Mistkübel werden regelmäßig von Krähen ausgeräumt und sollen gegen tauglichere Mistkübel getauscht werden.
- Direkt am Hauptzugang soll das Netz des Fußballplatzes so erweitert werden, dass über die Ecke keine Bälle Fußgänger oder Straßenverkehr gefährden können. (Am Bild weiß eingezeichnet)

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die beschriebenen Maßnahmen umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.28 Nacht im Museum
(GR Mag. Astrid Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Ziel eines Museums ist es, materielle und immaterielle Zeugnisse zu einem bestimmten Thema fachgerecht und dauerhaft aufzubewahren und den Besuchern zugänglich zu machen. Das Naturhistorische Museum in Wien bietet Kindern und Erwachsenen die Möglichkeit, eine Nacht im Museum zu verbringen. Mit tollen Programmpunkten wie unter anderem einer Taschenlampentour versucht man besonders Kindern das Interesse an der Geschichte nahezubringen. Die Stadt Graz bietet viele tolle Museen in dem das Wiener Modell umgesetzt werden könnte.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Nacht im Museum laut dem Wiener Modell umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.29 Wanderrouten- Tafel
(GR Mag. Astrid Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Besonders in den Sommermonaten befinden sich viele Touristen in Graz. Für die Wanderbegeisterten gibt es zwar einen Wanderführer in dem alle Wanderstrecken beschrieben sind, doch würde es sich besonders an den Endstationen der Randbezirke anbieten, Hinweistafeln mit Spazierwegen, Wegbeschreibungen zu Sehenswürdigkeiten oder Museen aufzustellen. Auch die Wirte und Lokale in der Umgebung hätten die Möglichkeit ihre Standorte zu bewerben.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die oben beschriebenen Hinweis- bzw. Wanderrouten-Tafeln aufgestellt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.30 Sanierung Fußballplatz „Julius-Hansel-Straße“
(GR Mag. Michael Winter, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Kinderspielplatz „Julius-Hansel-Straße“ im Bezirk Wetzelsdorf, ist durch die angrenzenden Siedlungsgebäude, ein Spielplatz, den Kinder, Jugendliche aber ältere Personen sehr gerne nutzen.

Der Bereich des Kinderspielplatzes bietet viele Spielgeräte, ausreichend Schatten und Sitzplätze, während der Fußballplatz in einem verbesserungswürdigen Zustand ist.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann der Zustand des Fußballplatzes verbessert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.31 Grazer Brücken müssen sicher sein!
(GR Mag. Philipp Pointner, NEOS)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

nach einer behördlichen Sperre aufgrund erheblicher Mängel am Tragwerk im Juni 2023 haben sich die Stadtbaudirektion und Holding Graz für den Neubau des Pongratz-Moore-Stegs entschieden. Dieser Schritt wurde nach eingehenden Untersuchungen durch ein externes Zivilingenieurbüro beschlossen. Der neue Steg wird breiter gestaltet, was als positiv zu bewerten ist, doch sollen die Bauarbeiten erst im Jahr 2025 stattfinden. Eine temporäre Lösung für den Übergang zwischen den Grazer Bezirken Andritz und Gösting wurde leider verworfen

(https://www.graz.at/cms/beitrag/10412493/8141049/Update_Okt_Pongratz_Moore_Steg_wir.html)

. Zusätzlich ergeben sich rückblickend einige Fragen, die die Sicherheit der angesprochenen Brücke betreffen. Es scheint, als war die Begehung des Pongratz-Moore-Stegs morgens und abends noch möglich, obwohl die erheblichen Mängel schon bekannt waren. Auch scheinen die Prüfintervalle sehr lange gewesen zu sein, wenn eine Brücke abgebrochen und neuerrichtet werden muss und keine Sanierung mehr möglich erscheint.

Diese Fragen, die sich Anrainerinnen und Anrainer vor Ort zurechtstellen, müssen beantwortet werden, um das Vertrauen in die städtische Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Zudem ist die Bedeutung des Pongratz-Moore-Steg für die tägliche Mobilität und das soziale Leben in Graz unbestritten. Vor diesem Hintergrund stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Antrag:

1. Gibt es aktuelle Untersuchungen oder Berichte über den Zustand anderer Brücken und Stege in Graz, wenn ja, welche Maßnahmen wurden oder werden ergriffen, um deren Sicherheit und Funktionalität zu gewährleisten?
2. Vor der behördlichen Sperre war der Steg zeitweise für den Verkehr geschlossen. Warum wurde die zeitweise Sperre (09.00-17:00 Uhr) für den Verkehr als ausreichend betrachtet, obwohl Gefahr in Verzug war?
3. Welche Überlegungen oder Vorschläge für temporäre Lösungen wurden geprüft, um die Verbindung zwischen Andritz und Gösting bis zum Abschluss des Neubaus im Jahr 2025 aufrechtzuerhalten? Welche Hindernisse stehen der Umsetzung einer solchen temporären Lösung im Weg?

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.